Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich **2,00 RM.** Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 48 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. **Einzelnummer 10 Rpf.,** außerhalb Groß-Dresdens **15 Rpf.**

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.-: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 97 × Montag, 26. April 1937 45. Jahrgang

Neue Krisenzeichen in Frankreich

Währungssorgen der Regierung Blum — Einspruch der spanischen Nationalregierung gegen das Verhalten der englischen Kriegsschiffe

Nachklänge zu Venedig

Telegramm unsres Korrespondenten

Rom, 26. April

Der italienische Außenminister Graf Ciano empfing nach seiner Rückkehr aus Venedig den deutschen Botschafter, den ungarischen Gesandten und den jugoslawischen Geschäftsträger und hatte eine lange Unterredung mit ihnen gehabt. Es darf angenommen werden, daß Graf Ciano den diplomatischen Vertretern der drei Staaten Mitteilung über die venezianischen Besprechungen mit Bundeskanzler Schuschnigg und Staatssekretär des Aeußeren, Schmidt, gemacht hat.

Was die venetianischen Besprechungen anlangt, hat im übrigen die Mitteilung des „Giornale d'Italia", daß die Nationalsozialisten Oesterreichs demnächst nach Verhandlungen mit der Vaterländischen Front in die österreichische Regierung einbezogen werden würden, wie nicht anders zu erwarten war, in gewissen Kreisen der französischen und englischen Presse zu falschen und böswilligen Gerüchten Anlaß gegeben. So hat man diese Meldung so dargestellt, als habe Mussolini Schuschnigg gewissermaßen zur Heranziehung der Nationalsozialisten gezwungen, und als übe Italien einen entscheidenden Einfluß auf die innerösterreichischen Verhältnisse aus. Gegen solche Entstellungen nahm am gestrigen Sonntag die Sonntagsausgabe des „Giornale d'Italia", die „Voce d'Italia", sehr entschieden Stellung und betont, daß von einer Einflußnahme Italiens auf die innerösterreichischen Angelegenheiten nicht die Rede sein könne. Gutunterrichteten Kreisen sei es wohl bekannt, daß in Oesterreich seit langer Zeit Verhandlungen im Gange seien, um eine nationale Befriedung durchzuführen, die die Zusammenarbeit der Nationalsozialisten und der Vaterländischen Front zum natürlichen Ziel haben. Italien habe nicht die Absicht, sich in die innenpolitischen Angelegenheiten Oesterreichs zu mischen. Es dürfe dagegen sehr wohl seiner Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, daß die unabhängige Politik Oesterreichs durch ihre Entwicklung zur Klärung der geistigen Einstellung zweier befreundeter Völker und dadurch zu einer erheblichen Besserung der internationalen Atmosphäre beitrage.

*

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat sich nach seiner Rückkehr aus Venedig veranlaßt gesehen, gegen den Artikel des „Giornale d'Italia" vom 23. April, der geeignet sei, „mißverständlichen Deutungen Tür und Tor zu öffnen", entgegenzutreten. Ueber die Möglichkeit einer Mitarbeit der nationalen Opposition in Oesterreich erklärte der Kanzler in diesem Zusammenhang:

„Selbstverständlich kann es sich aber dabei nicht um die Delegierung eines Vertreters der illegalen Nationalsozialisten handeln, sondern nur um die Bestellung einer geeigneten Persönlichkeit, die dem nationalen Lager entstammt und das Vertrauen des Frontführers genießt. Ich verweise hierbei auf analoge Bemühungen durch die Bildung der ‚sozialen Arbeitsgemeinschaften' in der Front, deren Aufgabe es u. a. ist, die ehemals sozialdemokratisch orientierten Kreise im Rahmen der Vaterländischen Front zur Mitarbeit zu versammeln. Von einer Teilnahme an der Regierung war nicht die Rede. In außenpolitischer Hinsicht wiederhole ich, daß Oesterreich gewillt ist, fest auf dem Boden der Römer Protokolle zu stehen und alle sich daraus ergebenden Verpflichtungen getreu einzuhalten."

Das Echo, das das venezianische Kommuniqué in der deutschen Presse gefunden hat, wird Herrn Schuschnigg bestätigen, daß die venezianischen Besprechungen in Deutschland richtig verstanden und richtig bewertet worden sind. (Vergl. unsern Leitartikel „Ein erfreuliches Ergebnis" in der Sonntagnummer der DNN.) Was die Ausführungen des Bundeskanzlers gegen den aufsehenerregenden Artikel des „Giornale d'Italia" anbelangt, so handelt es sich hierbei letzten Endes um eine Debatte zwischen diesen beiden Instanzen. Ob es in diesem Zusammenhang nützlich im Sinne der venezianischen Besprechungen und der vorangegangenen Ministerbesuche war, auf die Bemühungen der Vaterländischen Front hinzuweisen, die Sozialdemokraten zu einer Mitarbeit zu gewinnen, müssen wir allerdings dahingestellt sein lassen.

Göring in Rom

× Rom, 26. April. (Durch Funkspruch)

Ministerpräsident Generaloberst Göring trf Montagvormittag in Rom ein, von wo aus er sich Dienstagvormittag nach Deutschland zurückbegeben wird.

Milliarden-Zwangsanleihe gefordert

Die Radikalsozialen von Le Havre beschließen Austritt aus der Volksfront

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 26. April

Die Auseinandersetzungen in der französischen Innenpolitik haben jetzt, kurz vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments, einen derartigen Grad von Leidenschaftlichkeit angenommen, daß man schon von einer akuten Krise sprechen kann. Der Machtkampf zwischen den Kräften der Ordnung und der Revolution reift wieder einer Entscheidung entgegen. Sogar in der Regierung selbst, in den Volksfrontparteien und in den Gewerkschaften, stehen sich die beiden Lager aufs feindlichste gegenüber.

Am Sonnabend haben sich die Gewerkschaftsanhänger der CGT. (Allgemeiner Arbeiterverband) in Vincennes zu einer großen Protestkundgebung gegen die Teuerung versammelt. Sie ließen sich von ihrem Generalsekretär Jouhaux erklären, daß unbedingt

eine neue Zwangsanleihe in Höhe von 10 Milliarden Franken

aufgelegt werden müßte, um ein riesiges Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren. Auch müßten die nötigen Milliarden aufgebracht werden, um den Alters- und Invalidenrenter für den Lebensabend zu sichern. Mit diesen Forderungen steht die weitere nach Verstaatlichung sämtlicher Versicherungsgesellschaften in engstem Zusammenhang. Denn aus den Kassen dieser Gesellschaften soll das Geld für die übrigen Maßnahmen genommen werden. Das würde natürlich auch wieder eine beträchtliche Zahl von Milliarden kosten, genau wie die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie. Angesichts dieser Entwicklung ist die Revolte in der radikalen (linksbürgerlichen) Partei nun offen ausgebrochen. Der Parteiverband der Radikalen im Departement Seine Inférieure hat in Le Havre unter dem Vorsitz des Abgeordneten Meyer mit 3500 gegen nur 2 Stimmen beschlossen, aus der Volksfront auszutreten mit der Begründung, daß „die Politik der Demagogie und der Unordnung nicht mehr länger mitzumachen sei". Der Parteiverband von Montluçon und Cannes hat in ultimativer Form ebenfalls die Rückkehr zu einer „vernünftigen Politik der Ordnung" gefordert, hat aber vorläufig noch davon abgesehen, die endgültige Trennung von der Volksfront vorzunehmen.

Die politische Krise wird noch durch eine akute Finanzkrise verschärft.

Die ständige Abwärtsbewegung des Franken in den letzten Tagen hat die berechtigte Befürchtung aufkommen lassen, daß die kaum abgewertete Frankenwährung erneut gefährdet sei. Daß eine Krise am Währungsmarkt besteht, wird eigentlich von niemand mehr bestritten. Die Politiker und die Parteien suchen sich nur noch gegenseitig die Schuld dafür zuzuschieben. Die Rechte macht die etwaigen sozialen Unruhen dafür verantwortlich; die Linke, an erster Stelle natürlich heute der marxistische „Populaire", klagt die „Panik- und Katastrophenpolitik" der Rechtsparteien an. Als eine Sensation aber muß es bezeichnet werden, daß gestern abend das vom Gewerkschaftsring CGT. gegründete neue Pariser Abendblatt „Ce Soir" mit aller Seelenruhe ankündigt, man „erwarte nur noch ein Telegramm aus Washington", um

eine neue Abwertung des Franken

vorzunehmen. Die Begründung, die das Blatt dafür gibt, erscheint freilich höchst einseitig. Man stellt es so dar, als sei der Dollar infolge des unabdämmbaren Goldzustroms nach USA. nicht zu halten, und läßt durchblicken, daß Washington zum mindesten den Goldankaufspreis in Kürze werde herabsetzen müssen. Das aber würde, so argumentiert man weiter, auch Frankreich freie Hand geben. Man verschweigt also geflissentlich, daß es gerade die Kapitalwanderungen von Paris nach London sind, die auf den Frankendrücken. Wohl aber bleibt der Eindruck, daß man schon jetzt auf der Suche nach einem Alibi für eine Sprengung des Währungsabkommens ist und das auch ganz offen ausspricht. Man möchte nur gerne, daß USA. wenigstens dem Schein nach den Anlaß für eine neue Frankenabwertung gibt. Daß in den höchsten Regierungskreisen wirklich etwas Wichtiges vorgeht, scheint sich auch daraus zu bestätigen, daß der Ministerpräsident Léon Blum mit seinen der Sozialdemokratischen Partei angehörigen engeren Ministerkollegen, insbesondere mit dem Finanzminister Vincent Auriol, eingehende Privatverhandlungen geführt hat. Auch kündigt man an, daß Léon Blum heute im Anschluß an den Kabinettsrat

einen dringenden Appell an das französische Volk

richten werde, ohne daß man näher angibt, was er dabei sagen könnte. Nach einer Mitteilung des „Oeuvre" will Léon Blum die Arbeitgeber auffordern, die sozialen Gesetze zu halten, den Arbeitnehmern aber wolle er Disziplin und Mäßigung anraten. Interessant ist eine Mitteilung des rechtsstehenden „Jour", nach dem der Ministerpräsident vor seinen Beratungen mit seinen sozialdemokratischen Kollegen nicht weniger als vier dringende Besuche beim Vorsitzenden des Finanzausschusses des Senats, Caillaux, vorgenommen habe, der als einer der ersten Finanzsachverständigen gilt, und von vornherein vor allzu gefährlichen Träumen der Volksfrontregierung gewarnt hatte. Bekanntlich hat die Regierung seinerzeit, als Léon Blum das große Schlagwort von der „Pause" erfand, versichert, es werde unter keinen Umständen eine neue Zwangsanleihe (abgesehen von der Rüstungsanleihe) aufgelegt werden. Nun steht Léon Blum vor der Gewerkschaftsforderung nach einer 10-Milliarden-Anleihe für öffentliche Arbeiten.

Die Lage ist für Blum außerordentlich gefährlich.

Verweigert er die Forderung, so ist mit einer verstärkten Fortsetzung der jetzigen Streikwelle, eventuell sogar mit Unruhen zu rechnen. Geht Léon Blum auf die Gewerkschaftsforderung ein, wird er auf den schärfsten Widerspruch der radikalsozialen Minister, zum mindesten aber des Senates stoßen. Die innenpolitische Lage Frankreichs bleibt also unklar und unbestimmt.

Schüler als politische Mörder

Neunjähriger Knabe von Altersgenossen aus politischer Feindschaft getötet

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 25. April

Ein blutiger Vorfall, der die ganze Tragödie der politischen Verhetzung in Frankreich blitzartig beleuchtet, wird aus Lyon gemeldet. In einer Vorstadt von Lyon wurde ein neunjähriger Knabe von seinen Altersgenossen aus politischer Feindschaft getötet. Der Kleine, der Sohn des rechtsstehenden Vorsitzenden des Handelsgerichts, Gignoux, fuhr mit dem Rad durch ein marxistisches Stadtviertel und wurde plötzlich von fünfzehn Schuljungen im Alter von sieben bis zehn Jahren als „Faschistenkind" beschimpft und mit einem Steinhagel überschüttet. Er konnte sich zwar in verzweifelter Abwehr der Angreifer erwehren und sich blutüberströmt noch nach Hause schleppen, erlag aber nach einigen Stunden seinen schweren Verletzungen. Die Polizei konnte vierzehn der Attentäter festnehmen.

Diese viehische Bluttat zeigt mit erschütternder Deutlichkeit, wie weit die marxistische Verhetzung in Frankreich schon gediehen ist. Die planmäßig von Moskau geschürte Terrorisierung aller Nichtmarxisten macht selbst nicht mehr vor Kindern halt!

Besuch König Carols in Warschau

Polnischer Staatspräsident fährt nach Bukarest

× Bukarest, 26. April

Eine amtliche Mitteilung besagt zum Abschluß des Besuches Minister Becks in Bukarest, daß sich die Besprechungen in einer besonders herzlichen Atmosphäre abgespielt hätten.

Bei den Besprechungen wurde auch die Frage der Staatsbesuche geregelt. Man beschloß, daß der polnische Staatspräsident am 6. Juni nach Bukarest kommen wird. König Carol wird den Besuch noch im Laufe des Juni erwidern. Die Besprechungen zwischen den Generalstabschefs werden im Mai stattfinden.

Die erste Etappe

Das neue Statut Belgiens — Edens „freundschaftliche Gespräche"

Der englische Außenminister Eden ist am Sonntagabend im Flugzeug in Brüssel eingetroffen und hat am Montagmorgen seine Verhandlungen mit van Zeeland und dem belgischen Außenminister Spaak aufgenommen, oder vielmehr seine „Freundschaftlichen Gespräche", wie man in London offiziös sagt, indem man unterstreicht, daß es nicht Edens Aufgabe sei, bei diesem Besuch, der in erster Linie ein Höflichkeitsbesuch sei, offizielle Verhandlungen zu führen. Ob man die Besprechungen Edens in Brüssel, die übrigens zum großen Teil auch weltwirtschaftlichen Fragen gewidmet sein werden, nun Gespräche oder Verhandlungen nennt, kommt sachlich letzten Endes natürlich auf das gleiche heraus. In ihrem Verlauf muß sich entscheiden, ob der ersten Etappe der Verhandlungen Frankreichs und Englands mit Belgien, die am Sonnabend ihren Abschluß fand, eine zweite folgen wird.

Die erste Etappe endete mit der Befreiung Belgiens von den Verpflichtungen, die das Land bisher an England und Frankreich banden. Belgien erhielt seine völlige außenpolitische Handlungsfreiheit zurück, behält aber gleichzeitig die Beistandsgarantie der beiden Westmächte. Ueber diese Dinge haben wir in unsrer Sonntagsausgabe an dieser Stelle sehr ausführlich berichtet. Wir wiesen in diesem Zusammenhange auch darauf hin, daß noch einige Unklarheiten bestehen, die sich vor allem auf Belgiens Pflichten aus der Völkerbundssatzung ergeben. Die Pflichten, die in der Völkerbundssatzung festgelegt sind, haben im Artikel 16 für die Mitglieder im allgemeinen und angesichts seiner geographischen Lage für Belgien im besonderen, ihren kritischen Punkt. Der Artikel 16 (der Sanktionsartikel) sieht u. a. das Durchmarschrecht zum Kampf gegen einen „provozierenden Angreifer" vor. Der Artikel ist trotz der Rolle, die er im abessinischen Konflikt spielte, noch nie, sagen wir: „völkerbundsoffiziös" ausgelegt worden. Die Frage ist nach wie vor offen, unter welchen Umständen das Durchmarschrecht wirksam wird, ob es durch einen Beschluß des Rates „angeordnet" oder nur mit der Erlaubnis der Regierung, durch deren Land „durchmarschiert" werden soll, angewendet werden kann. Die Regierung van Zeeland ist der Auffassung, kein Völkerbundsmitglied könne zu den Maßnahmen, die der Artikel 16 vorsieht, gezwungen werden. Frankreich vertritt hier, wie überall, den Standpunkt der unmittelbaren Automatik und meint, ein Vorgehen, zu dem der Völkerbund auf Grund dieses Artikels jeweils sich entscheide, dürfe nicht durch „individuelle" Ueberlegungen einzelner Regierungen in Frage gestellt werden. Es ist denkbar, daß eine künftige belgische Regierung sich einmal diese Auffassung zu eigen machte. In dieser Beziehung ist auch durch den Entpflichtungsbrief die Stellung Belgiens noch nicht endgültig geklärt, noch nicht eindeutig geworden.

Das hindert nicht, den Wandel in der politischen Stellung Belgiens, der sich jetzt endgültig vollzogen hat, als einen Fortschritt für den Frieden zu würdigen und anzuerkennen. Es wäre falsch, in der Unabhängigkeitspolitik eine Gefälligkeit Belgiens für Deutschland sehen zu wollen. Diese Unabhängigkeitspolitik entsprang belgischen Bedürfnissen und hatte lediglich belgische Ziele. Es schließt indes ohne Zweifel eine Absage an gewisse Tendenzen der englischen und zumal der französischen Politik in sich, sie ist ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die Automatik einer allumfassenden Paktkollektivität. Dem Verhängnis dieser Automatik suchte sich Belgien zu entziehen und hat sich ihr nun entzogen. Wer aufrichtig um das Zustandekommen eines neuen Statuts für Westeuropa sich müht, wird dankbar anerkennen, daß mit der neuen Stellung Belgiens eine der wesentlichsten Voraussetzungen für dieses Statut gegeben ist. Die erste Etappe ist glücklich abgeschlossen. Hoffen wir das gleiche für die zweite.

Luxemburg verlangt verstärkte Sicherheit

× Luxemburg, 26. April

Bei einem Empfang der Brüsseler Vertreter der ausländischen Presse in Luxemburg, an dem der deutsche Gesandte v. Radowitz und die Gesandten Englands, Frankreichs und Italiens teilnahmen, gab der luxemburgische Ministerpräsident Bech bemerkenswerte Erklärungen über das internationale Statut Luxemburgs ab. Ministerpräsident Bech ließ erkennen, daß die luxemburgische Regierung der Neuregelung der Sicherheitsfrage in Westeuropa auch vom Standpunkt Luxemburgs große Bedeutung beimißt. Angesichts der neuen Verhältnisse, die durch die Ereignisse der letzten